MiD
Menschen in Deutschland

Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Menschen in Deutschland 2021“

Die Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) ist ein Forschungsprojekt der Universität Hamburg im Forschungsverbund MOTRA. Die Studie untersucht Meinungen und Haltungen der Menschen zu politischen, gesellschaftlichen und religiösen Themen. Dazu werden ab 2021 jährlich wiederholte repräsentative Befragungen der erwachsenen Bevölkerung in ganz Deutschland durchgeführt, in denen über 4.000 Menschen zu diesen Themen zu Wort kommen. Im Folgenden werden erste Ergebnisse der MiD-Studie aus dem Jahr 2021 vorgestellt. Diese zeigen, was Menschen in Deutschland bewegt und wie sie aktuelle Entwicklungen in unserer Gesellschaft beurteilen.

Menschen in Deutschland 2021 – Wer sind unsere Teilnehmer*innen? [1]

- 4.483 Personen ab 18 Jahren haben zwischen April und Juni 2021 an der Studie teilgenommen.
- 49% der Befragten sind männlich, 51% weiblich.
- Das Durchschnittsalter liegt bei 50,8 Jahren.

- Etwa ein Drittel der Befragten (33%) hat einen Hauptschulabschluss oder keinen Schulabschluss. Weitere 32% haben die mittlere Reife abgeschlossen und 36% haben Abitur.
- Mehr als die Hälfte der Befragten (53%) ist in Vollzeit oder Teilzeit erwerbstätig. Die meisten erwerbstätigen Personen sind Angestellte oder Arbeiter*innen (82%).
- Knapp 30% der Befragten sind in Rente, Pension oder Vorruhestand.

- Etwas weniger als ein Viertel der Befragten (23%) hat einen Migrationshintergrund.
- 88% der Befragten besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft (entweder als erste oder zweite Staatsangehörigkeit).

- In ihrer Freizeit engagiert sich fast jede vierte Person (23%) manchmal oder häufig in gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen.
- Jede dritte Person ist in Freizeit-, Sport- oder Kulturvereinen aktiv.

- Zwei Drittel der Befragten verorten sich selbst in der politischen Mitte.
- Knapp ein Viertel verortet sich politisch eher im linken Bereich.
- Eine Minderheit von knapp 7% verortet sich politisch gesehen rechts.

- Der Großteil der Befragten gehört einer christlichen Religion an (58%).
- Etwa 8% fühlen sich dem Islam zugehörig.
- Andere Religionen sind mit 1% der Befragten nur selten vertreten.
- Ein Drittel gibt an, keiner Religion anzugehören bzw. sich keiner Religion zugehörig zu fühlen.

[1] Alle Auswertungen, über die hier berichtet wird, wurden mit gewichteten Daten vorgenommen. Dies stellt sicher, dass die Stichprobe in Bezug auf wichtige zentrale Merkmale auch den Verhältnissen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland entspricht. Dadurch können die Ergebnisse als repräsentativ angesehen und auf alle erwachsenen Einwohner*innen Deutschlands verallgemeinert werden. Weitere Informationen zum angewendeten Gewichtungsverfahren und zur Größe einzelner Teilstichproben finden Sie im Forschungsbericht No. 2 zur Studie MiD 2021, der online auf der Website des Lehrstuhls für Kriminologie der Universität Hamburg verfügbar ist.

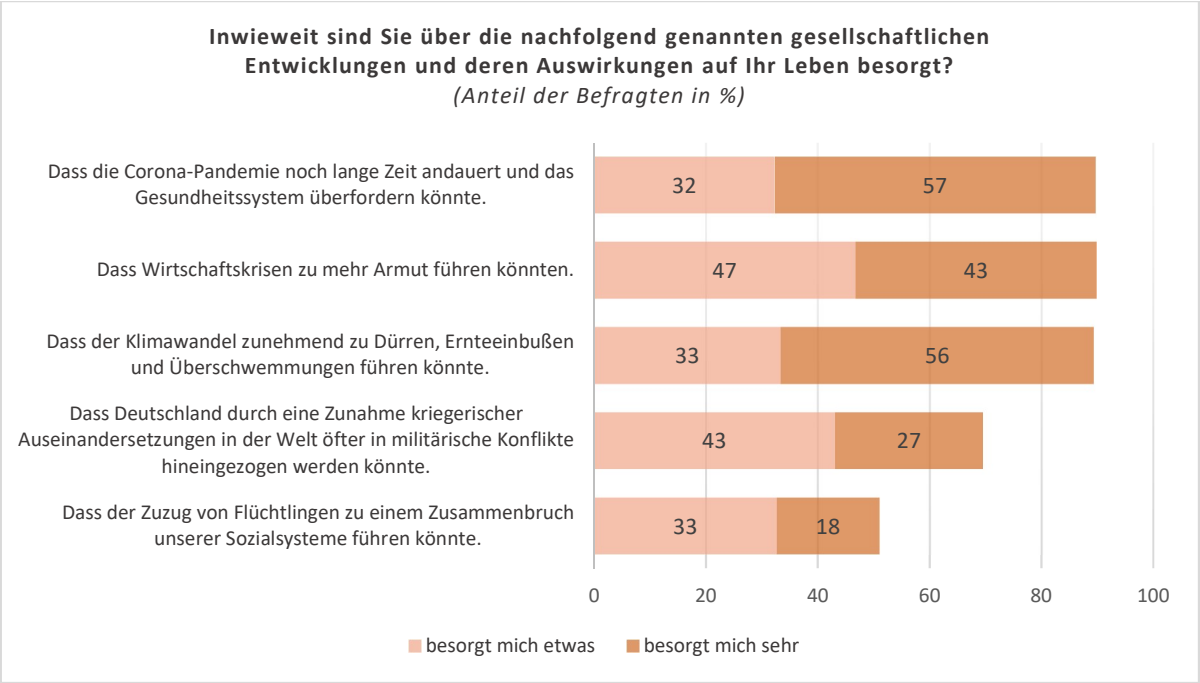
Sorgen und Verunsicherung angesichts gesellschaftlicher Herausforderungen und Veränderungen

Ein großer Anteil der Befragten des Jahres 2021 äußerte Besorgnis bezüglich der Auswirkungen aktueller Entwicklungen wie der Corona-Pandemie, drohender Wirtschaftskrisen und des Klimawandels.

Die größten Sorgen machten sich Menschen im Frühjahr 2021 über die Corona-Pandemie. Über die Hälfte der Befragten (57%) gab an, *„sehr besorgt“* darüber zu sein, *„dass die Corona-Pandemie noch lange Zeit andauert und das Gesundheitssystem überfordern könnte“.* Weitere 32% gaben an, *„etwas besorgt“* darüber zu sein. Ebenso hoch war das Ausmaß der Besorgnis, dass der Klimawandel *„zunehmend zu Dürren, Ernteeinbußen und Überschwemmungen führen könnte“*. Ein gleiches Ausmaß der Besorgnis erreichten Wirtschaftskrisen und eine damit einhergehende zunehmende Armut in Deutschland.

Auch darüber, dass Deutschland durch eine Zunahme kriegerischer Auseinandersetzungen in der Welt öfter in militärische Konflikte hineingezogen werden könnte, machten sich mehr als zwei Drittel der Menschen Sorgen, auch wenn mit 27% vergleichsweise wenige Personen diesbezüglich *„große Sorgen“* äußerten. Angesichts der Entwicklungen in der Ukraine ist zu erwarten, dass die hier erfassten Sorgen der Bevölkerung in der zweiten Erhebung *„Menschen in Deutschland 2022“* anders ausfallen könnten.

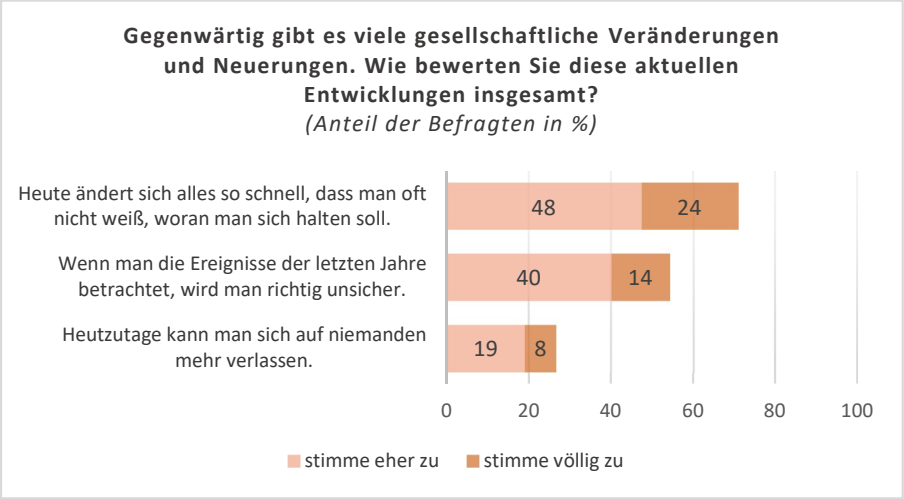
Deutlich weniger Sorgen machten sich die Befragten darüber, dass der Zuzug von Flüchtlingen zu einem Zusammenbruch unseres Sozialsystems führen werde, auch wenn diese Befürchtungen immer noch von mehr als der Hälfte der Personen geteilt wurden. Hervorzuheben ist aber, dass sich mit 18% nur ein relativ geringer Anteil der Befragten als darüber *„sehr besorgt“* äußerte.



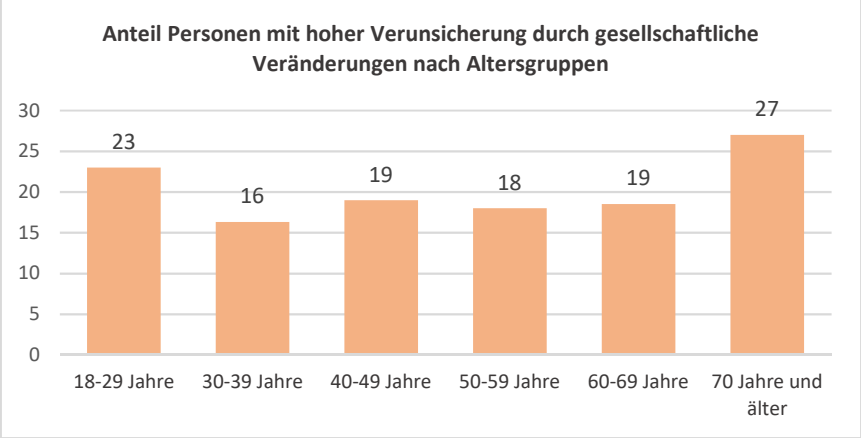
Über solche konkret benannten Herausforderungen und Sorgen hinaus haben wir auch allgemeiner erfasst, wie verbreitet Gefühle der Verunsicherung aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen und Neuerungen in der Bevölkerung sind. Fast drei Viertel (72%) der Befragten stimmten der Aussage zu *„Heute ändert sich alles so schnell, dass man oft nicht weiß, woran man sich halten soll“*. Mehr als die Hälfte der Befragten gab zudem an, dass die Ereignisse der letzten Jahre bei ihnen zu Unsicherheit führten. Es ist davon auszugehen, dass diese beiden Aussagen vor allem Bezüge zur

Corona-Pandemie und den sich kurzfristig ändernden Maßnahmen und Regeln aufweisen. Sie deuten aber darüber hinaus auch auf eine allgemeine Verunsicherung durch schnelle und tiefgreifende Veränderungen in der Gesellschaft und der Politik hin.

Demgegenüber stimmten jedoch deutlich weniger Personen – wenn auch mit über einem Viertel der Befragten immer noch ein substanzieller Anteil – der Aussage zu *„Heutzutage kann man sich auf niemanden mehr verlassen"*. Die soziale Verbundenheit bzw. ein daraus abgeleitetes Gefühl des Vertrauens in andere Personen scheint im Vergleich zu den zuvor beschriebenen Sorgen und Verunsicherungen demnach nur bei einem kleineren Teil der Menschen beeinträchtigt zu sein.



Betrachtet man die Verunsicherung anhand aller fünf Fragen, die wir den Teilnehmer*innen zu diesem Thema gestellt haben, zeigt sich ein hohes Ausmaß solcher Verunsicherungen durchschnittlich bei 20% der Befragten. Jüngere Personen unter 30 Jahren (23%) und ältere Menschen ab 70 Jahren (27%) weisen hier die höchsten Raten auf.

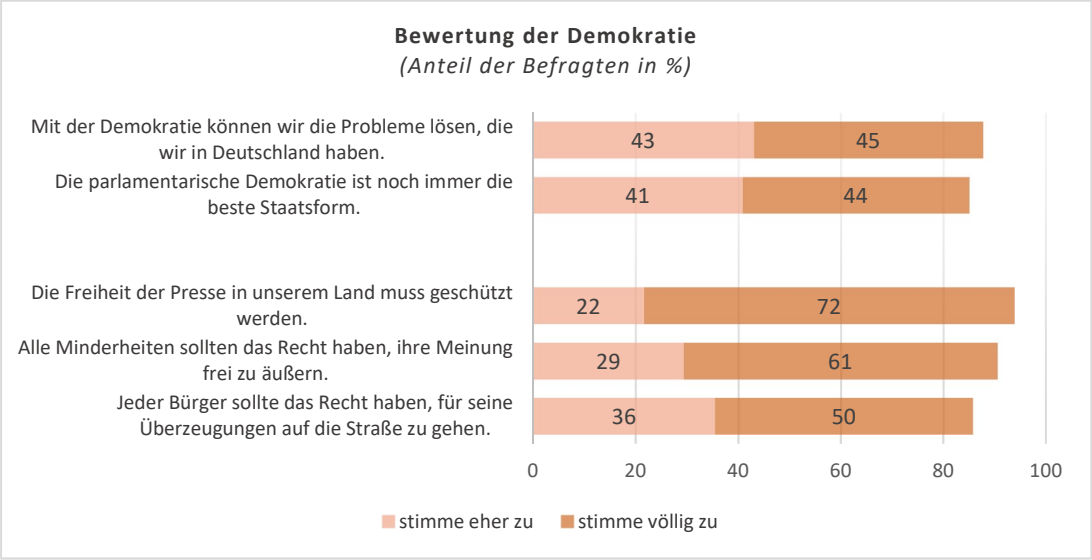


Anteil der Befragten in %, die auf einer Mittelwertskala zur Verunsicherung (bestehend aus 5 Fragen) einen Wert von über 3 erreichen (Wertebereich 1-4).

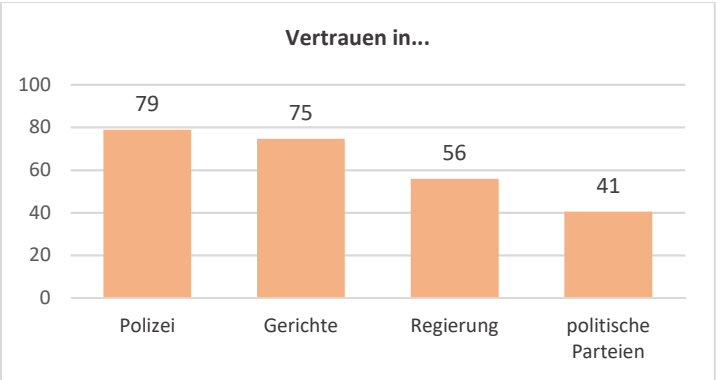
Bewertung der Demokratie und Vertrauen in die Politik

Die Demokratie als Basis des politischen Systems in Deutschland erfährt in der Bevölkerung eine breite Zustimmung. Zwischen 85% und 90% der Befragten stimmten entsprechenden Aussagen zu, in denen die Demokratie als beste Staatsform und als geeignet zur Lösung von Problemen in Deutschland benannt wurde. Auch grundlegende Rechte und Freiheiten wie die

Versammlungsfreiheit („*Jeder Bürger sollte das Recht haben, für seine Überzeugungen auf die Straße zu gehen*"), die Meinungsfreiheit („*Alle Minderheiten sollten das Recht haben, ihre Meinung frei zu äußern*") und die Pressefreiheit („*Die Freiheit der Presse in unserem Land muss geschützt werden*") wurden von 86% bis 94% der Befragten als schützenswert angesehen und insoweit positiv bewertet.

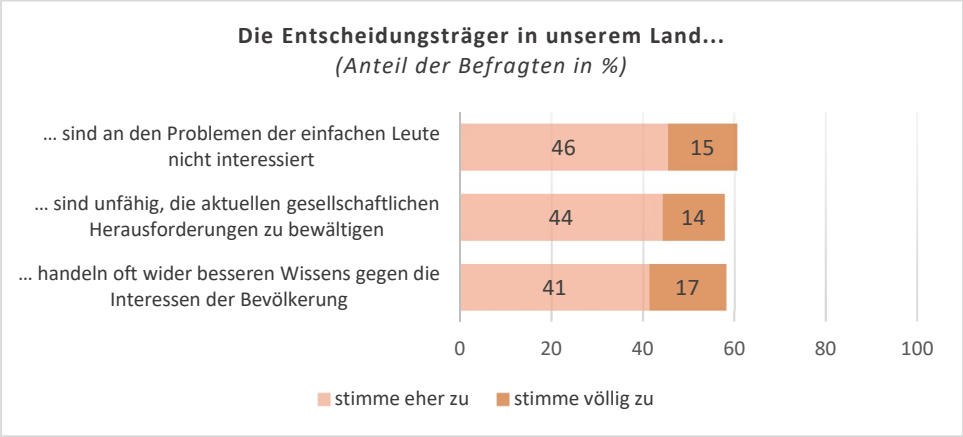


Dieses mit Blick auf die normative Basis der demokratischen Verfasstheit positive Bild bestätigt sich bei der Betrachtung des Vertrauens in relevante politische Institutionen jedoch nur teilweise. So erwies sich das Vertrauen der Befragten in die Polizei und die Gerichte mit 79% bzw. 75% zwar als sehr hoch. In Bezug auf konkrete politische Akteure – also die Regierung und politische Parteien – fiel das Vertrauen der Befragten im Frühjahr 2021 hingegen deutlich geringer aus. Der Regierung vertraute nur etwas mehr als die Hälfte der Befragten. Das Vertrauen in politische Parteien lag mit nur 41% nochmals niedriger.

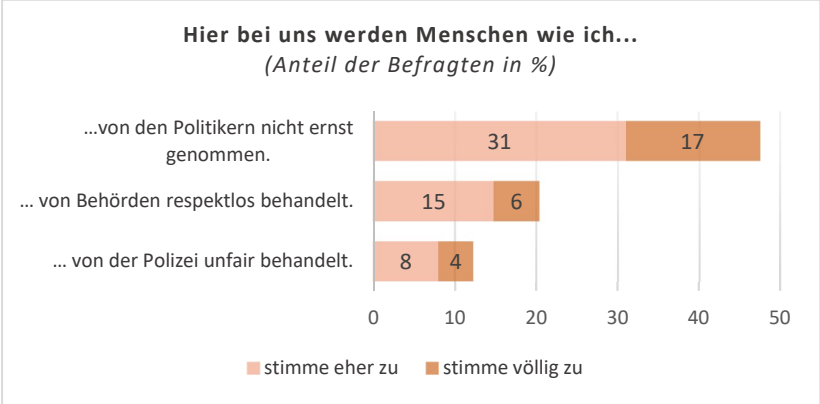


Anteil der Befragten in %, die auf einer Skala von 1 bis 6 mindestens den Wert 4 angegeben haben.

Die Bewertung und Einschätzung von Entscheidungsträgern aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft hinsichtlich ihrer Handlungsmotivation und Kompetenzen zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen untermauert dieses bei vielen Menschen eher fehlende Vertrauen weiter. Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (jeweils 58%) gab an, dass Entscheidungsträger oft *„wider besseren Wissens gegen die Interessen der Bevölkerung"* handelten und unfähig seien, aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen. Die höchsten Zustimmungswerte erhielt hier mit 61% die Aussage, wonach die Entscheidungsträger nicht *„an den Problemen der einfachen Leute interessiert"* seien.



Fast die Hälfte der Befragten (48%) gab zudem an, dass ihrer Einschätzung nach Menschen wie sie selbst von Politikern nicht ernst genommen würden. Erheblich besser fiel – wie schon zuvor – die Bewertung von Behörden und der Polizei aus. Hier stimmten nur 21% bzw. 12% der Aussage zu, dass Menschen wie sie selbst von diesen respektlos oder unfair behandelt werden.



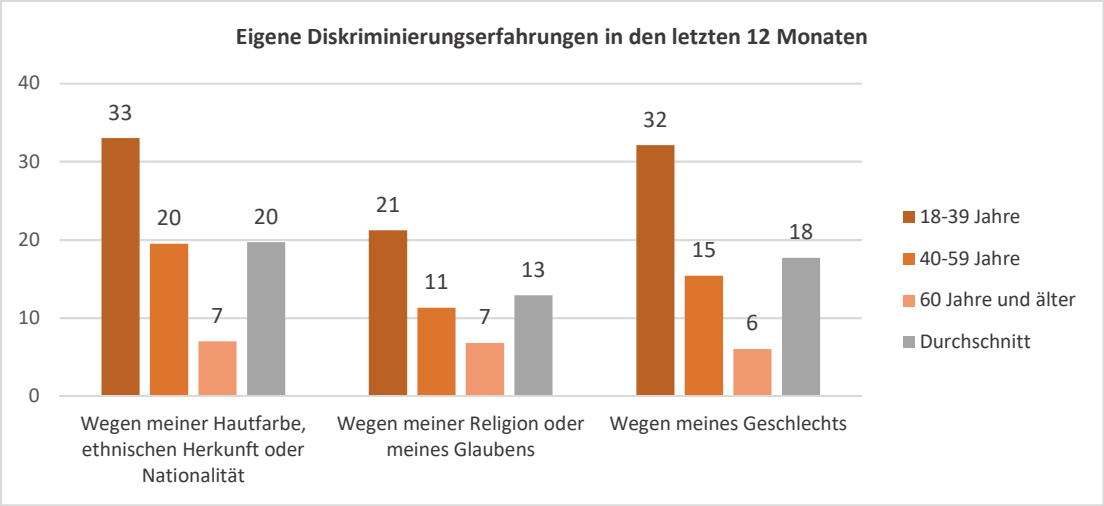
In der Kritik der Bürger*innen stehen also eher die politischen Akteure (Regierung und Parteien), nicht so sehr das demokratische System als solches oder staatliche Institutionen, mit denen die Befragten im Alltag tatsächlich in Kontakt kommen (Behörden, Polizei und Gerichte). Es wird sichtbar, dass nicht nur das allgemeine Vertrauen in politische Akteure in der Bevölkerung gering ist, sondern dass den relevanten Entscheidungsträgern darüber hinaus auch die Bewältigung aktueller Herausforderungen von einem großen Teil der Befragten nicht ohne Weiteres zugetraut wird. Ihnen wird vielmehr von einer Mehrheit der Befragten ein Desinteresse an den Problemen der Bevölkerung bzw. sogar ein Handeln zugeschrieben, das explizit den Interessen der Bevölkerung entgegensteht.

Unsere Studie legt einen großen Fokus auf politische und gesellschaftliche Zustände und deren Bewertung durch die Befragten. Nur wenn uns Menschen berichten, welche Erfahrungen und Beobachtungen sie machen, können wir sehen, welche Probleme sie wahrnehmen und wie sie diese Probleme beurteilen. Deshalb fragen wir in unseren Studien einerseits nach den eigenen Erfahrungen mit Diskriminierung und andererseits nach Beobachtungen im eigenen Lebensumfeld, die auf Intoleranz, Vorurteile und politischen Extremismus hinweisen könnten. Dies hilft uns dabei, Aussagen darüber zu treffen, wie verbreitet solche Situationen und Erfahrungen in ganz Deutschland sind und inwiefern sich Menschen von ihnen bedroht fühlen.

Eigene Erfahrungen mit Diskriminierung

Insgesamt gab mehr als die Hälfte der Befragten an, in den letzten 12 Monaten persönlich eine Form von Diskriminierung erfahren zu haben. Deutliche Unterschiede fanden sich jedoch je nach der Art der Diskriminierung und dem Alter der Befragten. So gaben von den Personen unter 40 Jahren 33% an, aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer ethnischen Herkunft oder ihrer Nationalität diskriminiert worden zu sein. Ein vergleichbarer Anteil dieser Altersgruppe berichtete von Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts. 21% der Befragten in diesem Alter erlebten Diskriminierung aufgrund ihres Glaubens oder ihrer Religion.

Die Erfahrungen mit solchen persönlichen Diskriminierungen waren bei Personen im Alter ab 60 Jahren deutlich seltener. Hier lag die Rate derer, die sich diskriminiert fühlten, jeweils nur zwischen 6% und 7%. Personen im Alter von 40 bis 59 Jahren lagen jeweils im Mittelfeld der drei Altersgruppen.



Anteil der Befragten in %, die sich „selten", „manchmal" oder „oft" diskriminiert gefühlt haben.

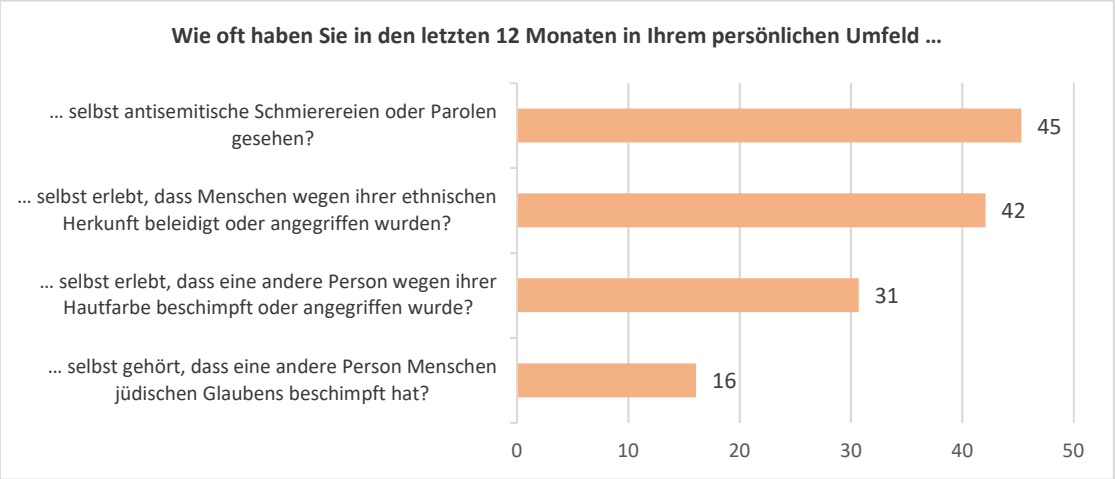
Hieraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass junge Personen tatsächlich häufiger diskriminiert wurden als ältere Menschen. Die Ergebnisse könnten ebenso auf eine andere Wahrnehmung diskriminierender Verhaltensweisen durch jüngere Personen hindeuten, die möglicherweise ein höheres Bewusstsein und mehr Sensibilität für entsprechend problematische Situationen aufweisen. Auch sind die hier erfragten Diskriminierungsgründe nur ein Ausschnitt der im Alltag möglichen Formen von Benachteiligung und Diskriminierung. So beinhalten sie beispielsweise nicht die Frage nach erlebter Altersdiskriminierung, bei der unter Umständen eine andere Verteilung zu erwarten wäre.

Wahrnehmung von Intoleranz und politischen Extremismen im eigenen Lebensumfeld

Neben den Fragen zu eigenen Diskriminierungserfahrungen wurden die Befragten auch gebeten, ihre Wahrnehmungen als Beobachtende von Geschehnissen in ihrem sozialen Lebensumfeld zu berichten, die politisch bedeutsam sein könnten.

Insgesamt zeigt sich, dass die Beobachtung verschiedener Formen von Diskriminierung, Vorurteilen und Intoleranz gegenüber anderer Personen häufiger berichtet wurde als eigene Diskriminierungserlebnisse. So gaben 42% der Befragten an, in den letzten 12 Monaten miterlebt zu haben, dass andere Menschen wegen ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurden. Fast ein Drittel (31%) hat selbst beobachtet, dass eine andere Person wegen ihrer Hautfarbe beschimpft oder angegriffen wurde. Formen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind also für viele Befragte ein direkt wahrnehmbares Problem in ihrem Lebensumfeld.

Beobachtungen, die auf Antisemitismus hindeuten, wurden je nach Erscheinungsform unterschiedlich häufig gemacht. Während fast die Hälfte der Befragten (45%) in ihrem persönlichen Umfeld antisemitische Schmierereien oder Parolen gesehen hat, gaben nur 16% an, in den letzten 12 Monaten eine Beschimpfung von Menschen jüdischen Glaubens mitbekommen zu haben.

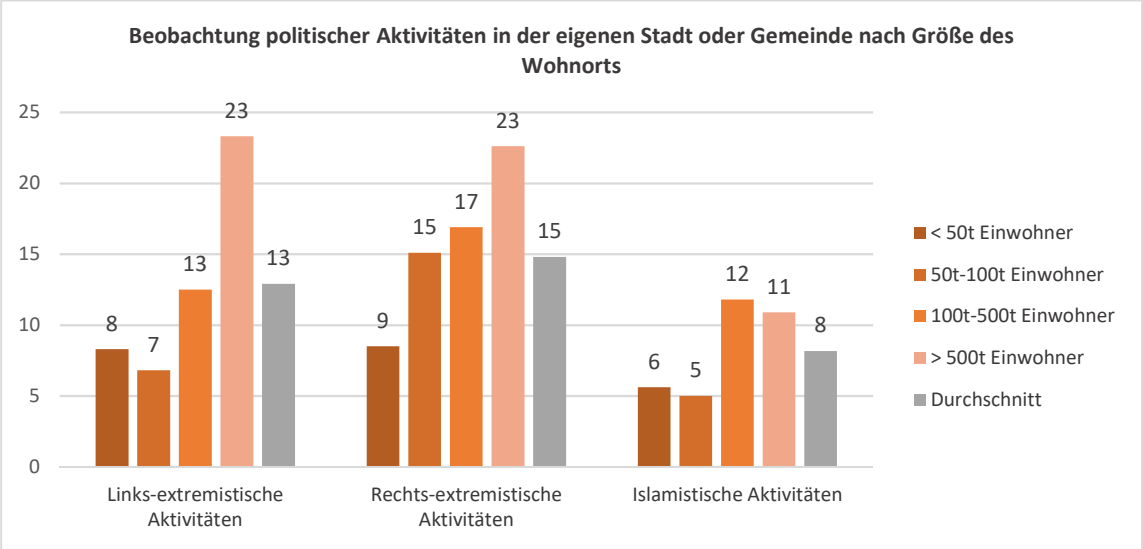


Anteil der Befragten in %, die angeben, dies „selten", „manchmal" oder „oft" erlebt zu haben.

Derartige intolerante Handlungen können sowohl ein Bestandteil verschiedener Formen politischer Extremismen sein als auch dazu beitragen, dass sich extremistische Haltungen und Aktivitäten entwickeln. Die Befragten wurden deshalb auch zu ihren Wahrnehmungen und Beobachtungen verschiedener politischer Extremismen – in Form von linksextremistischen, rechtsextremistischen und islamistischen Aktivitäten – im eigenen Lebensumfeld befragt.

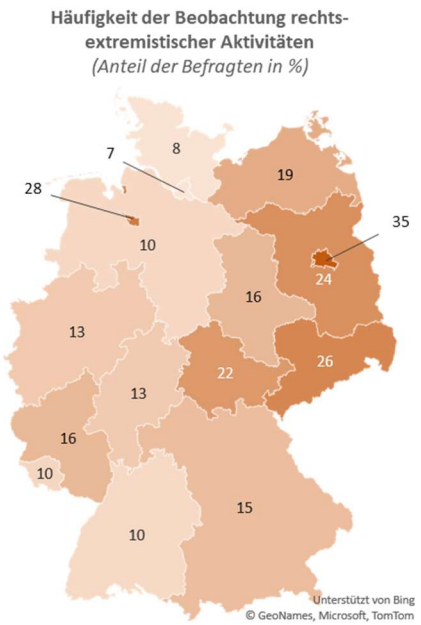
Am häufigsten wurden rechtsextremistische Aktivitäten beobachtet: 15% der Befragten gaben an, solche Aktivitäten *„manchmal"* oder *„oft"* beobachtet zu haben. Mit 13% fiel die Rate der Beobachtungen von Aktivitäten, die von den Befragten dem linksextremistischen Spektrum zugeordnet wurden, nur wenig geringer aus. Am seltensten wurden islamistische Aktivitäten (8%) beobachtet.

Deutliche Unterschiede in der Häufigkeit solcher Beobachtungen zeigen sich bei einer Betrachtung der Größe des Wohnorts der Befragten. Für alle Extremismen zeigt sich, dass in mittleren Städten und Großstädten der Anteil der Befragten, die solche Aktivitäten wahrgenommen haben, höher ausfällt. Dabei wurden linksextremistische und rechtsextremistische Aktivitäten in Großstädten von jeweils etwas weniger als einem Viertel der Befragten *„manchmal"* oder *„oft"* beobachtet, islamistische Aktivitäten hingegen nur von 11%.



Anteil der Befragten in %, die angeben, diese Formen politisch-extremistischer Aktivitäten „manchmal" oder „oft" beobachtet zu haben.

Diese Verteilungen entsprechen erwartbaren Unterschieden, geht man davon aus, dass allein durch die Bevölkerungsdichte in einer Großstadt im Vergleich zu kleineren Orten die Möglichkeit zur Beobachtung solcher Aktivitäten in höherem Maße besteht. Zudem spielen sich hier in der Regel auch häufiger Protestgeschehen ab, bei denen es zu entsprechenden politischen Äußerungen und damit verbundenen Auseinandersetzungen kommen kann.



Betrachtet man die Raten solcher Beobachtungen getrennt für die Bundesländer, in denen die Befragten leben, zeigen sich deutliche Unterschiede innerhalb Deutschlands - hier exemplarisch anhand der Beobachtung rechtsextremistischer Aktivitäten dargestellt.

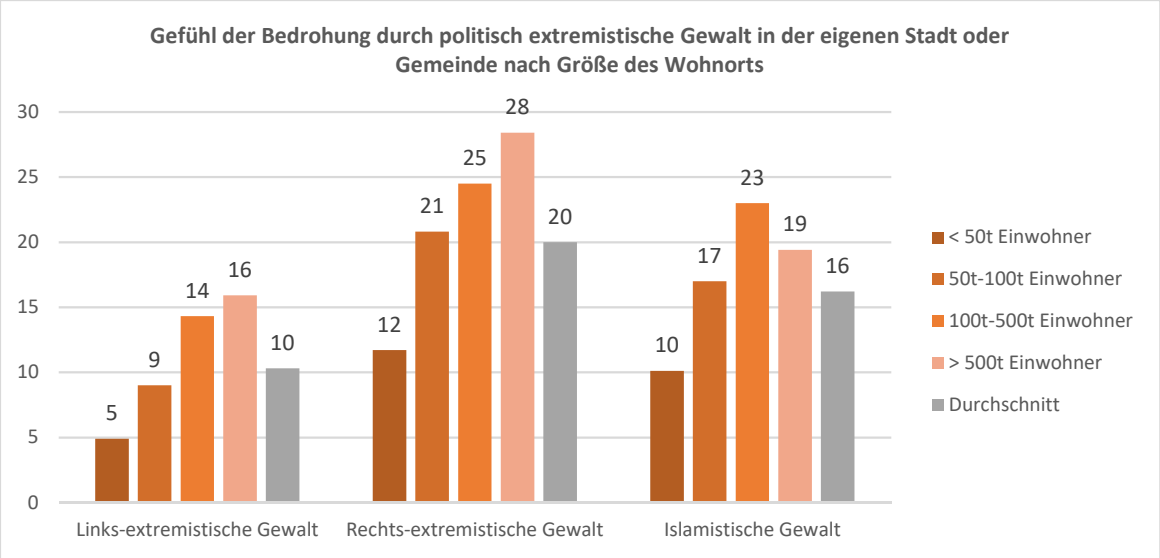
Der Anteil der Befragten, die rechtsextremistische Aktivitäten *„manchmal"* oder *„oft"* beobachtet haben, liegt danach in Brandenburg, Sachsen und Thüringen über dem oben dargestellten Durchschnitt von 15%. Dass dieses Phänomen jedoch nicht nur neue Bundesländer betrifft, zeigen die deutlich höheren Raten in den Stadtstaaten Berlin und Bremen. Zugleich weist jedoch Hamburg - ebenfalls ein Stadtstaat - mit nur 7% die geringste Rate auf.

Bereits diese Ergebnisse zeigen, dass vereinfachende Erklärungen, z.B. allein anhand der Größe des Wohnorts oder der Region in Deutschland, der Komplexität solcher Phänomene nicht gerecht werden. Unsere weiteren Forschungen werden sich daher auch darauf richten, die Hintergründe für die regionalen Differenzen solcher Wahrnehmungen noch genauer zu untersuchen.

Neben der Häufigkeit der reinen Beobachtung von politisch-extremistischen Aktivitäten ist es wichtig zu beachten, inwiefern sich Menschen in ihrem Lebensumfeld von Formen politisch motivierter Gewalt bedroht fühlen. Das Ausmaß solcher subjektiver Bedrohungsgefühle war im Durchschnitt etwas höher als die Häufigkeit der entsprechenden Beobachtungen. Auch hier wurden im Bereich des Rechtsextremismus die höchsten Werte verzeichnet (20%). Bemerkenswert ist jedoch, dass trotz der zuvor dargestellten häufigeren Beobachtung linksextremistischer Aktivitäten

die Bedrohungswahrnehmung durch linksextremistische Gewalt mit 10% deutlich geringer war als die Bedrohungswahrnehmung durch islamistische Gewalt (16%).

Wie schon bei der Beobachtung extremistischer Aktivitäten zeigt sich auch hier, dass in größeren Wohnorten und insbesondere in Großstädten Gefühle der Bedrohung durch diese drei Formen der extremistischen Gewalt mit 16% bis 28% weiter verbreitet sind als in kleineren Orten.



Anteil der Befragten in %, die sich „etwas bedroht" oder „sehr bedroht" fühlten.

Diese Auswertungen zeigen beispielhaft auf, dass die Beobachtung bestimmter Aktivitäten keine unmittelbare Wirkung auf die Wahrnehmung von Bedrohungen oder Sorgen haben müssen. Vielmehr ist anzunehmen, dass hier weitere Faktoren (z.B. Darstellungen in Medien) relevant werden. Dies betrifft nicht nur politische Formen von Extremismen, sondern auch die Wahrnehmung und persönliche Relevanz sozialer Probleme und die Bewertung politischer und gesellschaftlicher Akteure, wie weiter oben gezeigt wurde.

Ziel der Studie *„Menschen in Deutschland"* ist es, genau solche Faktoren zu identifizieren und aufzuzeigen, wie sich gesellschaftliche Situationen und ihre Veränderungen auf das Leben der Menschen in Deutschland auswirken. Ein wichtiges Thema ist darüber hinaus die Frage, wie sich die Einschätzung von Politik und Gesellschaft im weiteren Zeitverlauf in den nächsten Jahren entwickeln und möglicherweise auch wandeln wird. Die Befragungen im Rahmen unserer Studie werden hierfür ab 2021 jedes Jahr erneut durchgeführt, sodass Veränderungen sichtbar gemacht und deren mögliche Hintergründe beleuchtet werden können.

Dieser kurze Bericht sollte einen ersten Einblick in Fragestellungen und ausgewählte Befunde unserer Untersuchung *„Menschen in Deutschland 2021"* geben. Wir möchten diese Gelegenheit auch nutzen, uns bei allen Befragten ganz herzlich für ihre Zeit zu bedanken.
Vielen Dank, dass Sie uns durch Ihre Teilnahme an der Befragung unterstützt haben!

Für Rückfragen kontaktieren Sie gerne unser Team an der Universität Hamburg über mid-studie@uni-hamburg.de.

GEFÖRDERT VOM
Bundesministerium für Bildung und Forschung
Bundesministerium des Innern und für Heimat
motra
Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung